

1948-02-25

„Neue Zeit“

Ruf nach Westen!

Der Weg des deutschen Volkes in dieser Zeit ist ein banges Tasten durch Nebel und Labyrinth. Ob wir an die Neuorganisation des Reiches, ob wir an den Aufbau der Wirtschaft und damit die Überwindung der materiellen Tagesnöte, ob wir an die geistige Erneuerung der Menschen denken: nirgendwo können wir auf lange Sicht planen, nirgendwo die Wegstrecke vor uns klar überblicken. Letzte Entscheidungen in dieser oder jener Richtung liegen nie in unserer eigenen Hand. Das gilt für alle Länder und Zonen Deutschlands. Darum ist unser Volk wie gelähmt, darum ist der größte Teil jenes aufgeschlossenen Eifers zur Demokratie, der sich 1942 nach dem Zusammenbruch des Hitlerschen Gewaltstaates allenthalben in unserer Mitte regte, erlahmt. Wie viel Tagungen, Kundgebungen, Reden, Diskussionen wurden seitdem gehalten, wie viel Ausschüsse gegründet: sie alle haben uns politisch anscheinend nicht weitergebracht, und wirtschaftlich ist alles, was sich regt, immer noch vielfach ein „Krampf“. Darf man sich wundern oder Vorwürfe machen? Wenn man nach der letzten äußeren Ursache sucht, wird man immer wieder darauf stoßen: uns fehlt die Einheit des Reiches und damit die reale Möglichkeit, von großen Gesichtspunkten aus die Not anzupacken, die Aufgaben zu verteilen und zu lösen. Alle heute drängenden Probleme hängen davon ab, weder die Ostzone noch Trizonien allein können für sich je ihre Lösung finden.

Unter diesem einzig möglichen Gesichtswinkel gesehen, empfinden wir die ganze bedrückende Tragik der Situation, dass Ost- und Westdeutschland sich so tief auseinander gelebt haben, dass Vorwürfe herüber- und hinüber gehen, dass die Vorurteile immer wieder einseitig neu genährt werden. Wir Deutschen der Ostzone sehen voller Sorge die Frankfurter Beschlüsse vom 7. Januar mit allen ihren möglichen Folgen, deren wohl schwerste eine nur die Westzonen umfassende Währungsreform wäre. Jeder Versuch der „Konsolidierung“ einer Zone oder Zonengruppe geht unvermeidlich auf Kosten der Einheit des Reiches, und nur kurzsichtige Politiker können um augenblicklicher Vorteile ihrer engeren Heimat willen staatspolitischen Konstruktionen zustimmen, die jene gefährden. Darum wenden wir uns beschwörend besonders an unsere Unionsfreunde und ihre führenden Männer im Westen: steht eisern fest zu den Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU vom 29. Dezember 1947 in Berlin und zu den feierlichen Zusagen, die ihr dort gegeben habt, euch gegen jede eigenstaatliche Entwicklung im Westen zur Wehr zu setzen! Für einen deutschen „Weststaat“ darf sich kein anständiger Politiker zur Verfügung stellen! Und noch weniger dürfte ein Deutscher seine helfende Hand dazu reichen, wenn im Westen eine selbständige Währungsreform versucht werden sollte. Das wäre der Tod deutscher Einheit und würde Ost- und Westdeutschland tatsächlich zueinander ins Auslandsverhältnis bringen. Alle „freundlichen Einladungen“ an die Ostzone, sich später einer solchen vorweg genommenen Geldreform anzuschließen, sind sinnlos, da ein finanzpolitisch so weittragendes Werk sinnvoll nur in gemeinsamen Beratungen aller deutschen Länder beschlossen werden kann. Und wenn man nun noch gar von einem geplanten europäischen „Westblock“ spricht, in den auch die deutschen Westzonen

eingegliedert werden sollen, dann muss für uns Deutsche jede Diskussion aufhören: er wäre der Grabstein über dem Leichnam der deutschen Einheit! Hierzu muss im Westen ein klares „Nein“ erklingen, so wie es die Millionenmassen des Volkes in allen Zonen sagen würden, wenn sie demokratisch nach ihrer Meinung befragt würden.

Wir Unionspolitiker der Ostzone haben uns je und je gegen einseitige Darstellungen über die politische Haltung in Westdeutschland gewehrt. Wir sehen gerade in der CDU eine geistige Klammer, die über die Zonengrenzen hinweg die Deutschen hüten und drüben fest verbinden soll. Eben darum aber müssen wir auch von unseren Freunden im Westen erwarten, dass sie realpolitisch den Sinn unserer Haltung hier begreifen, dass sie sich vor jeder einseitig westlichen Schau der Dinge ebenso hüten, wie wir nicht mit russischen Augen sehen. Aber auch im Westen sollte man allgemein sich zu der Überzeugung bekennen: Deutschland muss jetzt und in Zukunft die große Wirklichkeit „Russland“ sehen und anerkennen und, ohne sich damit zum Kommunismus als Idee zu bekennen, jede antisowjetische Politik klar ablehnen. Wir brauchen Russland als den großen Handelspartner des Ostens für ein zukünftiges freies Deutschland, wie die erfolgreiche Bewährung des einst von Walter Rathenau abgeschlossenen Rapallovertrages 1922 erwiesen hat. Gerade eine handelspolitisch für uns unerlässliche Qualitätsausfuhr wird sogar im Osten auf größere Möglichkeiten rechnen können als in den Westländern, die selbst eine hoch entwickelte Qualitätsindustrie besitzen. Das sind nüchterne Erkenntnisse, die nichts mit Ideologien irgendwelcher Art zu tun haben und darum ganz realistisch gesehen und in die gesamtpolitische Konzeption des deutschen Volkes einkalkuliert werden müssen. Und das sollte man ehrlich auch in Westdeutschland tun!

Angesichts der tiefgehenden geistigen Entfremdung zwischen uns Deutschen in Ost und West unter der Wirkung einer vielfach vom Ausland her in seinem Interesse genährten Propaganda, wird meistens von unseren westlichen Freunden alles überkritisch beurteilt und abgelehnt, was aus der Ostzone kommt. „ Da stehen die Russen dahinter, das ist kommunistisch“ – mit solchen billigen Schlagworten wird es leider oft abgetan. Dieser Tage schrieb mir ein schlichter, unpolitischer Mensch aus dem Westen, „sie machten sich sehr viele Sorgen um uns in der Ostzone“ und bot mir für den Notfall bei ihm eine „Zufluchtsstätte“ an. Das ist rührend und gut gemeint, aber es ist auch erschütternd typisch für die Vorstellungen, die man sich im Westen über uns macht, leider auch, weil sie bewusst „gemacht“ werden. Wir Deutschen leben jetzt überall ein hartes Leben, mögen die Härten in ihrer Art und Form auch örtlich verschieden sein. Aber unserer Freunde im Westen mögen uns glauben, dass der aus der Ostzone besonders eindringlich und einmütig erschallende Ruf nach der Einheit Deutschlands kein Kommandoergebnis, sondern überzeugte Herzenssache ist. Unter den Rufnern sind gewiss auch Leute, die sich dereinst ein kommunistisches Deutschland wünschen; es wird am gesamtdeutschen Volke allein selber liegen, ob sie Erfolg haben. Aber sollen deshalb wir christlichen Freunde deutscher Einheit in Angst erzittern, sollen wir etwa für eine Main- oder Elbelinie sein, weil wir so der geistigen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Idee bequem entgehen zu können meinen? Nein, gerade wir Unionspolitiker der Ostzone fürchten die kommende demokratische Entscheidung über die politische

Wegrichtung Gesamtdeutschlands nicht, wir sehnen sie herbei und rufen darum unsere Freunde im Westen auf: regt euch ebenso energisch und laut wie wir, fordert allenthalben Wahlen zur deutschen Nationalversammlung, fordert eine Regierung für Gesamtdeutschland, wehrt euch gegen alle Spaltungsmaßnahmen, woher sie auch kommen mögen! Jetzt, wo schwere politische Stürme am Fundament deutscher Einheit rütteln, gilt es vom Westen und Osten her doppelt starke Klammern um die Mauer des Hauses zu legen: zuerst lasst uns die Einheit sichern, dann wollen wir über alles andere reden! (Nachschrift: Sendet diesen Artikel an politisch interessierte Freunde in den anderen Zonen!)